

Auf Druck der israelischen Regierung diskriminiert die Stadt Stuttgart palästinensische Vereine

Oktober 2018: **Offener Brief des Palästinakomitee Stuttgart** an Oberbürgermeister Fritz Kuhn wegen der Entfernung des Vereinseintrags aus dem Adressverzeichnis auf der Website der Stadt Stuttgart, stuttgart.de

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kuhn,

Die Verwaltung der Stadt hat am Freitag, 12. Oktober 2018, die beiden **Einträge des Palästinakomitee Stuttgart e. V. und der Palästinensischen Gemeinde Stuttgart e. V. aus dem Adressverzeichnis der städtischen Homepage gelöscht**. Dies geschah ohne jegliche Benachrichtigung oder Rücksprache mit den betroffenen Vereinen.

Auf unsere Nachfrage begründete Pressestellenleiter Sven Matis diesen Schritt mit unserer **Unterstützung der gewaltfreien BDS-Kampagne der palästinensischen Zivilgesellschaft (Boycott, Desinvestition und Sanktionen)**. Für BDS haben wir auf unserer Website jedoch schon geworben, als wir den Eintrag auf der städtischen Homepage vor fünf Jahren (2013) beantragt haben. Auch aus zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen muss der Stadt Stuttgart bereits früher unsere Haltung zu BDS bekannt gewesen sein.

Es ist offensichtlich: Die Stadtverwaltung hat auf die aktuellen Attacken und den Druck des Berliner Korrespondenten der Jerusalem Post, Benjamin Weinthal, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und der israelischen Regierung reagiert. Weinthal ist bekannt für seine diffamierenden Artikel, mit denen er die Kritiker der israelischen Regierungen bekämpft. Davon massiv betroffen ist beispielsweise die Jüdische Stimme für gerechten Frieden, aber auch viele andere. Es war auch Benjamin Weinthal, der eine aggressive Pressekampagne startete, als der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann dem lutherischen Pfarrer von Bethlehem Mitri Raheb im April 2017 für die Förderung von Solar-Energie 30.000 € übergab. Seine Informationen hat Weinthal damals von der DIG-Vorsitzenden Bärbel Illi erhalten.

Für die Kampagne gegen das Palästinakomitee und andere Kritiker der israelischen Politik muss Weinthal selbst den baden-württembergischen Beauftragten gegen Antisemitismus Dr. Michael Blume unter Druck gesetzt haben. Dr. Blume macht dies auf seinem Blog öffentlich (**Bitte den Hinweis zu den Links unten beachten***):

<https://scilogs.spektrum.de/natur-des-glaubens/medienethik-eine-negative-erfahrung-mit-der-jerusalem-post/>

Die aktuellen Kampagnen-Artikel Weinthals finden sich unter:

<https://www.jpost.com/Diaspora/German-state-commissioner-against-antisemitism-wants-BDS-account-closed-568408>

<https://www.jpost.com/International/Stuttgart-advertises-boycott-Israel-group-on-its-website-568855>

<https://www.jpost.com/Diaspora/Post-Expos%C3%A9-causes-German-city-to-remove-pro-boycott-Israel-advertisement-569282>

Weinthal ist gleichzeitig wissenschaftlicher Mitarbeiter der Foundation for Defense of Democracies, eines neokonservativen US-amerikanischen Think Tanks mit klar kriegerischer Haltung, wenn es um den Iran und Israel und die Politik in der Nahost-Region geht.

Was noch wichtiger ist: **Die Unterstützung von BDS liefert keinerlei Grund für eine solche Diskriminierung.** Eine Recherche hätte den Verantwortlichen bei der Stadtverwaltung rasch klar gemacht, dass die **Deutsch-Israelische Gesellschaft und andere Unterstützer der israelischen Regierungen ein völlig falsches Bild der BDS-Bewegung vermitteln.**

Mit der im Jahr 2005 gestarteten **BDS-Initiative** reagierte die palästinensische Zivilgesellschaft auf den **Bau der Apartheid-Mauer in der Westbank**, die palästinensische Städte und Dörfer einkesselt, auseinander schneidet und Bauern von ihren Feldern trennt. Tausende Palästinenser sind vom Bau der Sperranlage unmittelbar betroffen. Die israelische Regierung hatte damals das **Urteil des Internationalen Gerichtshofs aus dem Jahr 2004**

* **Hinweis zu den Links:** Es kann vorkommen, dass ein Link durch Anklicken nicht funktioniert. In diesem Fall sollte man ihn kopieren und in das Adressfeld des Browsers kopieren.

komplett ignoriert, das den Verstoß des Mauerbaus gegen internationales Recht feststellte sowie den Baustopp bzw. den Abbau und Entschädigungen verlangte. Der Internationale Gerichtshof forderte die internationale Staatengemeinschaft auf, jegliche Anerkennung und Unterstützung des Mauerbaus zu unterlassen, die Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention wurden außerdem verpflichtet, Israel zu einer Politik in Übereinstimmung mit den Menschenrechten zu bewegen. Die Richter forderten Druck ein, um den ständig weiter gehenden Raub der Existenzgrundlagen der palästinensischen Bevölkerung zu stoppen.

Nach einem Jahr Wartezeit, in dem das Urteil des IGH ohne jegliche Konsequenz blieb, ergriff die palästinensische Zivilgesellschaft die Initiative. Ziel der BDS-Bewegung, die von mehr als 170 palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen wird, ist die **Einlösung der grundlegenden palästinensischen Rechte. Das sind die Beendigung der Besetzung und Kolonialisierung des arabischen Landes sowie der Abriss der Mauer, die Anerkennung des Grundrechts der palästinensischen Bürger des Staats Israel auf Gleichstellung und die Einlösung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge, zu ihrem Land und ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN – Resolution 194 beschlossen wurde.**

http://bds-kampagne.de/wp-content/uploads/2005/07/050709_Internationaler-Aufruf-der-palästinensischen-Zivilgesellschaft-zu-BDS.pdf

Mit ihrer klaren Formulierung der Ziele und Praxis, die sich gegen die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen richtet und nicht gegen ethnische oder Religions-Gruppen, hat die Bewegung inzwischen **zahlreiche jüdische Israelis, die innerhalb und außerhalb des Landes leben, überzeugt. 40 jüdische Organisationen unterstützen BDS, dazu gehört die starke US-amerikanische Jewish Voice for Peace. Dazu kommen bekannte jüdisch-israelische oder jüdische Persönlichkeiten wie die Filmemacher Eyal Sivan und Udi Aloni sowie die Philosophin und Adorno-Preisträgerin Judith Butler.**

<https://jewishvoiceforpeace.org/first-ever-40-jewish-groups-worldwide-oppose-equating-antisemitism-with-criticism-of-israel/>

In Südafrika, an dessen Beispiel sich die BDS-Bewegung orientiert, gehören prominente jüdische Anti-Apartheidkämpfer wie Denis Goldberg oder Ron Kasrils zu den Unterstützern. Auch andere prominente Verteidiger der Menschenrechte wie der südafrikanische Bischof Desmond Tutu, Alice Walker, Stéphane Hessel und Stephen Hawking zählen zu den BDS-Befürwortern. Dies sind nur ein paar hervorstechende Beispiele für die weltweit starke Unterstützung von BDS.

Klar ist auch die Position der EU. Die Außenbeauftragte Francesca Mogherini hat im Jahr 2016 die Unterstützung der BDS-Bewegung eindeutig als Recht auf Meinungsfreiheit gegen die Angriffe der israelischen Regierung verteidigt. Mogherini hob hervor: „Die EU stellt sich in Übereinstimmung mit der Grundrechtecharta der Europäischen Union klar hinter das Recht der freien Meinungsäußerung und der Vereinigungsfreiheit, so wie es für die EU-Mitgliedsstaaten anzuwenden ist. Das gilt auch für BDS-Aktionen in diesen Ländern.“

(Im englischen Original: "The EU stands firm in protecting freedom of expression and freedom of association in line with the Charter of Fundamental Rights of the European Union, which is applicable on EU Member States' territory, including with regard to BDS actions carried out on this territory.")

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2016-005122-ASW_EN.html?redirect#ref1

Auch das Verwaltungsgericht Oldenburg hat am 27. September 2018 entschieden, dass die Stadt Oldenburg gegen das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit verstieß, als sie auf Druck der dortigen Deutsch-Israelischen Gesellschaft kurzfristig den Raum für eine Veranstaltung über die BDS-Bewegung als Menschenrechtskampagne entzog.

<http://www.verwaltungsgericht-oldenburg.niedersachsen.de/aktuelles/vg-oldenburg-haelt-aufhebung-der-entscheidung-zur-ueberlassung-eines-vortragssaals-im-pfl-fuer-eine-vortragsveranstaltung-der-bds-im-mai-2016-durch-die-stadt-oldenburg-fuer-rechtswidrig-169355.html>

Doch diese **BDS-Bewegung ist nach Auskunft des Pressesprechers der Stadt Stuttgart Matis für die Verwaltung der Stadt Stuttgart so wenig „akzeptabel“, dass Vereine, die dafür eintreten, aus dem 7400 Einträge starken Verzeichnis der Stadt Stuttgart gestrichen werden müssen. Akzeptabel ist für die Verwaltung der Stadt Stuttgart dagegen die häufige Rechtfertigung menschenrechtswidriger Politik durch die DIG (Deutsch-Israelischen Gesellschaft), beispielsweise bei der propagandistischen Unterstützung der israelischen Siedlungen und der Apartheidmauer (in der Westbank,**

in Missachtung des IGH-Urteils von 2004) sowie der Zerstörung von palästinensischen Häusern und Dörfern im gesamten historischen Palästina (Westbank, Negev und Galiläa), der Annexion von Ostjerusalem, oder der seit mehr als zwölf Jahre andauernden völkerrechtswidrigen Blockade des Gazastreifens.

Wir vom Palästinakomitee Stuttgart haben uns immer für eine gemeinsame Perspektive aller Bewohner des Landes ohne Diskriminierung und Besatzung eingesetzt. Unsere Referenten aus den Reihen der palästinensischen und jüdisch-israelischen Opposition machen sich stark gegen die immer schärfer werdende Rechtstendenz im Staat Israel und auch gegen die Unterdrückung in der arabischen Region insgesamt (siehe beispielsweise unsere beiden Konferenzen 2010 – „Getrennte Vergangenheit – Gemeinsame Zukunft – Hindernisse und Perspektiven für eine gerechte Lösung“ und 2013 „Die Menschen fordern den politischen Systemwechsel im historischen Palästina“. Die 2. Konferenz setzte sich auch mit dem arabischen Frühling auseinander), zu finden unter den Links:

https://senderfreiespalaestina.de/konferenz_info.htm

https://senderfreiespalaestina.de/ods_konferenzen.htm

Das Adressverzeichnis der Stadt vermittelt den positiven Eindruck eines vielfältigen Lebens in der Stadt. Es ist uns unverständlich, warum Organisationen, die demokratische Perspektiven im Nahostkonflikt und die Forderungen von Menschenrechtlern vertreten, keinen Platz im Adressverzeichnis der Stadt finden sollen. Die Streichung unseres Eintrags ist Teil einer jahrelangen Kampagne der rechtsgerichteten israelischen Regierungen gegen jegliche Opposition. Das israelische Ministerium für Sicherheit von Gilad Erdan hat für diese Kampagne Millionenbeträge zur Verfügung.

<https://www.timesofisrael.com/israel-okays-72-million-anti-bds-project/>

Zu den jüngsten Beispielen für die Bestrebungen der israelischen Regierung, ihre Kritiker zum Schweigen zu bringen, gehören die Versuche des israelischen Konsulats für Süddeutschland zwei Veranstaltungen mit dem neuen israelischen Historiker Ilan Pappé an den Universitäten Stuttgart Hohenheim und Tübingen im Juni 2018 zu verhindern. Im Schwäbischen Tagblatt erschien dazu ein Artikel:

<https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Konsulin-schrieb-an-Rektor-376918.html>

Im September versuchten Weinthal, DIG und das israelische Außenministerium die Evangelische Akademie Bad Boll dazu zu bewegen, die Nahosttagung von Pax Christi kurzfristig aus dem Programm zu streichen, Stein des Anstoßes war - mehrere jüdisch-israelische oder deutsch-jüdische Referenten, die BDS befürworteten oder die israelische Politik kritisieren. Kurz darauf wollte das israelische Außenministerium einen Vortrag der deutsch-israelischen Jüdin Judith Bernstein im evangelischen Haus der Begegnung in Ulm zum Scheitern bringen. Hartem Druck von Seiten der DIG musste auch die Leitung des Hauses der katholischen Kirche in Stuttgart standhalten, wo im September die Ausstellung „Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ gezeigt wurde. Die Ausstellung ist nicht einseitig pro-palästinensisch, wie Kritiker argumentieren, sondern gibt **die Forschungsergebnisse der neuen israelischen Historiker wieder, deren öffentliche Diskussion die israelischen Regierungen schon seit Jahren unbedingt verhindern wollen.**

Es wird immer deutlicher: Die israelischen Regierungen werden mit ihrer Unterdrückung von aktuell 52 Prozent der Bevölkerung, die derzeit im Gebiet des historischen Mandatspalästina lebt, langfristig scheitern. Die israelische Regierung stößt auch international auf immer offenere Kritik. Die Antwort der ultrarechten israelischen Regierungen ist scharfe Repression und Eingriffe in die Meinungsfreiheit, auch international.

Die Stadt Stuttgart hat mit ihrem Einknicken vor dem Druck der israelischen Regierung und ihren Unterstützern ein gefährliches Signal gesetzt – sie hat machtpolitische Interessen über das Recht auf Meinungs- und Diskussionsfreiheit gestellt. Das öffnet der Verletzung von Grundrechten Tür und Tor. Macht sich hier die Tendenz zur Einschränkung demokratischer Rechte bemerkbar, wie sie sich in mehreren europäischen Staaten, aber auch in hohem Ausmaß in der Achse Trump, Mohamed Bin Salman – Saudi Arabien – Netanjahu zeigt? Solche Entwicklungen müssen wir in den Anfängen stoppen, das offene Klima in Stuttgart muss erhalten bleiben.

Viele Palästinenser und andere arabische Mitbürger werden sich sogar selbst von der Diskriminierung des Palästinakomitees betroffen fühlen, denn sie haben direkt oder indirekt die Repression durch den israelischen Staat erlebt. Die offensichtliche Benachteiligung von Kritikern israelischer Politik belastet das Miteinander in Stuttgart mit seinen vielen Migrantengruppen. Wie sollen sich Migranten zu Stuttgart zugehörig fühlen, wenn ihr Protest gegen die Unterdrückung ihrer Angehörigen im Herkunftsland zensiert wird aus machtpolitischen Rücksichten?

Wir appellieren an Sie, Herr Oberbürgermeister Kuhn, treten Sie ein für das offene und liberale Klima in der Stadt Stuttgart und nehmen Sie das Palästina-Komitee Stuttgart wieder in die Adressliste auf.

Wir appellieren auch an alle, die sich für Menschenrecht und Demokratie stark machen. Setzen Sie sich bei dem Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn dafür ein, dass die Stadt die ungerechtfertigte Entscheidung rückgängig macht und das Palästina-Komitee Stuttgart sowie die Palästinensische Gemeinde wieder in die Adressliste der Stadt aufnimmt.

Setzen Sie sich gegen die Einmischung anderer Staaten (in diesem Fall Israel) in unser demokratisches System ein.

Die aktuellen Verhältnisse in Palästina und die Notwendigkeit für politischen Druck auf die israelische Regierung veranschaulicht sehr treffend der Film unter: <https://vimeo.com/221868603>

Für den Vorstand des Palästina-Komitee Stuttgart e. V.
Verena Rajab, Außenbeauftragte
Tel. 01525 311 4044
Email: gav.rajab@online.de

V.i.S.d.P. V. Rajab, Johannes-Krämerstr. 43, 70597 Stuttgart